

Der konfliktreiche Abschied vom Erdgas



Schauplatz eines Streits, der die ganze Schweiz betrifft: Blick auf Basel mit Münster und Altstadt.

Die Stadt Basel will künftig ohne fossile Energien heizen. Der Ausstieg wird aber teuer. Nun gibt es heftige Kritik von Grosskunden und vom Preisüberwacher. Die gleichen Probleme drohen auch in anderen Gemeinden. Von Jürg Meier

Erdgas darf in unserem Energiesystem der Zukunft nur noch eine kleine Rolle spielen, wenn die Schweiz 2050 tatsächlich klimaneutral sein will. Doch einfach wird der Ausstieg nicht. Erdgas ist nach Erdöl und Strom der dritt wichtigste Energieträger der Schweiz (siehe Grafik). Zehntausende Industrieunternehmen und Hunderttausende Private nutzen ihn. Wie sollen sie zum Umstieg gebracht werden?

Daran entzündet sich Streit, wie sich an den Industriellen Werken Basel (IWB) zeigt. Der Versorger der Stadt Basel, der auch im Umland aktiv ist, hat angesichts des absehbaren Gasanstiegs ein neues Preismodell beschlossen. Und damit heftige Kritik des Preisüberwachers und von Grosskunden ausgelöst.

Für die Berechnung der neuen Tarife haben die IWB die Abschreibungsdauer der Leitungen und Anlagen reduziert. Anstatt 80 Jahre beträgt sie nur noch 50 Jahre. Was nach einer banalen buchhalterischen Umstellung tönt, hat direkte Konsequenzen für die Bezüger: Sie müssen künftig deutlich mehr für die Nutzung des Gasnetzes bezahlen.

Der Preisüberwacher geht von einer Zunahme von rund 30% aus. Und das stösst ihm sauer auf: «Das Risiko des prognostizierten Nachfragerückgangs wird auf die heutigen Erdgaskunden überwältigt», heisst es in einem umfangreichen Schreiben an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.

Mehrfache Kritik

Die IWB weisen die Kritik zurück. «Die geänderte Abschreibungsdauer entspricht dem Branchenstandard für Gasversorgungsanlagen», erklärt Unternehmenssprecherin Jasmin Gianferrari. Die neue Abschreibungsdauer ist aber nicht der einzige Punkt, der dem Preisüberwacher missfällt. Er machte

Stefan Meierhans



«Wenn die Gaswerke die bestehenden Kunden melken wollen, um ihr neues Geschäftsmodell zu finanzieren, dann werde ich mich dagegen wehren», sagt der Preisüberwacher des Bundes. Seine Aufgabe ist es, «für angemessene Preise und transparente Preispolitik zu sorgen».

dem Regierungsrat gleich fünf Empfehlungen, weil er die Berechnungsmethode für problematisch und kundenunfreundlich hält.

Der Basler Regierungsrat setzte aber nur gerade eine der fünf Empfehlungen um. Geschickterweise genau die, welche zumindest vorerst politischen Druck aus der Diskussion nehmen wird: Weil der Erdgaspreis auf dem internationalen Energiemarkt im vergangenen Jahr deutlich sank, konnten Gasversorger wie die IWB den Brennstoff günstiger einkaufen. Diese Ersparnis geben die IWB nun den Kunden weiter.

Für Kleinkunden, die zum Beispiel Gas zum Heizen nutzen, ist das erfreulich: Ihre Gaspreise sinken sogar leicht, obwohl sie für die Nutzung des Netzes jetzt mehr zahlen müssen. Ganz anders sieht die Situation aber für Grosskunden aus, wie Energieexperte René Baggenstos erklärt. Er ist Geschäftsführer der IG Erdgas, welche die Interessen von grossen Gaskunden vertritt, sowie Miteigentümer des Beratungsunternehmens Enerprice, das auch im Gasverkauf tätig ist. Viele Industriekunden kamen im Gegensatz zu den Kleinverbrauchern nicht in den Genuss einer Preissenkung. Bei ihnen schlägt die Erhöhung der Netzkosten voll durch – und zwar oftmals happig, wie Baggenstos errechnet hat.

Bei einem Grosskunden war die Preissteigerung so erheblich, dass er seine Industrieanlage nun nicht mehr mit Erdgas beliefern lässt. Sondern mit Heizöl. «Das ist aus Sicht des Klimaschutzes höchst unerfreulich, weil das Unternehmen jetzt deutlich mehr CO₂ ausstösst», sagt Baggenstos. Doch mit dem Wechsel von Erdgas auf Öl spare die Firma rund 400'000 Franken im Jahr. Es gibt weitere Unternehmen mit ähnlichen Plänen.

Den IWB ist der Fall des Unternehmens, das jetzt Erdöl statt Gas verbrennt, bekannt. Sie

sprechen von einem «Einzelfall». Eine Umstellung auf Öl werde langfristig nicht wirtschaftlich sein, fügt Sprecherin Jasmin Gianferrari an. Und ohnehin: «Die überwiegende Mehrzahl unserer Kunden fragt nach klimafreundlichen Alternativen und ist sich bewusst, dass dafür Investitionen notwendig sind», ergänzt sie.

Für René Baggenstos ist der Fall dagegen exemplarisch: «Beim Ausstieg aus dem Erdgas besteht die grosse Gefahr, dass am Schluss die Grosskunden die Zeche bezahlen müssen – nicht nur in Basel.» Der Grund: Viele Industrieanlagen sind auf Erdgas angewiesen.

Kleinkunden haben Alternativen

Zwar gibt es Alternativen – Anlagen zum Beispiel, die Holzstaub verbrennen und so die benötigte Hitze produzieren. Doch ihr Betrieb erfordert eine höchst komplexe Logistik und viel Platz. Zudem sind die Anlagen lärmintensiv und oft sehr teuer. «Wird das Erdgas wie in Basel plötzlich massiv teurer, können die Unternehmen darum nicht auf andere Technologien ausweichen», sagt Baggenstos.

Bei Kleinkunden dagegen ist das meist anders: Sie haben Alternativen – von der elektrischen Kochplatte über die mit Strom betriebene Wärmepumpe bis zur Fernwärme. Auf längere Frist gerechnet sind diese Alternativen oft sogar günstiger.

«Beim Ausstieg aus dem Erdgas besteht die Gefahr, dass am Schluss die Grosskunden die Zeche bezahlen müssen – nicht nur in Basel.»

Es ist kein Zufall, dass der Preisüberwacher und die grossen Gaskunden den Entwicklungen bei den IWB so viel Beachtung schenken. Das Unternehmen ist ein Vorreiter beim Thema. «In anderen Kantonen ist der Wille nach einem Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung zwar ebenfalls spürbar», sagt IWB-Sprecherin Gianferrari. «Die gesetzlichen Vorgaben gehen dort aber derzeit noch nicht so weit wie jene in Basel-Stadt.» Die IWB haben inzwischen beim 1920 gegründeten Verband der Schweizerischen Gasindustrie ihren Austritt gegeben, weil ihnen dieser beim Klimaschutz zu behäbig unterwegs ist. Das sorgte in der Branche, die bisher zusammenhielt wie Pech und Schwefel, für einiges Aufsehen.

Beim Vorreiter IWB zeigt sich aber auch, wie komplex und teuer der Ausstieg aus dem Erdgas wird – und wie gross die Versuchung ist, wo immer möglich die Kunden dafür mitzahlen zu lassen. «Alle 90 Schweizer Gasversorger stehen vor dem gleichen Problem», sagt Preisüberwacher Stefan Meierhans. «Wir haben Anzeichen dafür, dass auch andere solche Preismodelle entwickeln.» Und er warnt: «Wenn die Gaswerke die bestehenden Kunden melken wollen, um ihr neues Geschäftsmodell zu finanzieren, dann werde ich mich für sie dagegen wehren.»

Alternativen gäbe es. Weil die Schweiz den Erdgasausstieg bis 2050 schaffen will, schlägt der Preisüberwacher einen Kompromiss vor: Die Gaswerke sollen die Abschreibungsdauer nur bei den Anlagen auf 50 Jahre senken. Aus Sicht von René Baggenstos könnten die Erdgasunternehmen für den grösseren Teil der Ausstiegskosten schlicht selber aufkommen. «Die Gasbranche hat in den letzten Jahren enorme Summen verdient», sagt er. «Viele

Unternehmen haben hohe Reserven, die sie über die nächsten Jahre auflösen können.»

Die IWB entgegnen, dass die Gewinne aus der Vergangenheit tatsächlich helfen, die Wärmeversorgung für eine Zukunft ohne Öl und Gas umzubauen. «Die steigenden Investitionskosten müssen sich jedoch auch in adäquaten Tarifen und Beiträgen abbilden lassen», sagt Sprecherin Gianferrari. Sonst drohe dem Unternehmen ein «Substanzverlust».

Dazu kommt: Selbst mit steigenden Tarifen wird das Geld nicht reichen. Die Basler Politik berät darum bereits darüber, den IWB unter anderem ein zinsloses und «bedingt rückzahlbares» Darlehen in der Höhe von 110 Mio. Fr. zu gewähren.

Was den Gasversorgern in der Schweiz bevorsteht, lässt sich auch in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Metropolitankonferenz Zürich nachlesen: Strengere Bauvorschriften und Förderprogramme führen dazu, dass Hauseigentümer auf Fernwärme oder Wärmepumpen umsteigen. Damit gehen diese der Gasversorgung «als Kunden verloren». Wer am Gasnetz bleibt, trägt die Folgen: Die Netzkosten «bleiben gleich hoch und müssen auf weniger Absatz verteilt werden». Wer als Gasbezüger dann etwas fürs Klima tun will, kann zwar einen Anteil Biogas verbrennen – doch dieses ist teuer.

Kommentar Seite 17

Versorgungssicherheit

Der Bund prüft spezielle Gaskraftwerke

Mit dem Rahmenabkommen ist auch das Stromabkommen mit der EU gescheitert. Damit wird noch unsicherer, ob die Schweiz künftig genug Strom importieren können. Der Bund reagiert nun und prüft eine Reihe von Gegenmassnahmen. Eine ist der Bau mehrerer Gas-peaker-Kraftwerke. «Sie sind eine Option, die derzeit näher angeschaut wird», bestätigt Marianne Zünd, Sprecherin des Bundesamtes für Energie (BFE). Gas-peaker – übersetzt «Gaskraftwerke für die Abdeckung von Verbrauchsspitzen» – kommen nur bei Engpässen zum Einsatz. Die übrige Zeit sind sie im Stand-by. In den

USA gibt es rund 1000 solcher Kraftwerke. Viele sind so leistungsfähig wie ein kleines AKW. In der Schweiz müssten diese Gas-peaker laut Zünd aber klimaneutral sein. Entweder, indem sie Biogas einsetzen oder Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Weitere Optionen sind die Abscheidung und unterirdische Einlagerung des ausgestossenen CO₂ oder der Kauf von Emissionszertifikaten. Der Bund klärt ab, wo die Anlagen stehen müssten. «Die Standorte sind wichtig, weil die Kraftwerke vor allem für die Unterstützung der Netzstabilität gedacht sind», erklärt Zünd.

Neben den Gas-peakern überlegt sich der Bund weitere Gegenmittel. «Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des fehlenden Stromabkommens geht es jetzt um Massnahmen, die sich kurz- bis mittelfristig umsetzen lassen», sagt Zünd. «Darauf liegt der Fokus der laufenden Abklärungen.» Einiges Potenzial sieht das BFE bei der Stromeffizienz. Ganz oben stehen die elektrischen Widerstandsheizungen, die besonders verschwenderrisch mit Strom umgehen. Würden sie alle ersetzt, «könnten im Winter rund 2,7 Terawattstunden (TWh) Strom eingespart werden», sagt Zünd. Das sei fast

CO₂-Reduktion

Vermeiden genügt nicht – es braucht auch Einlagerung

Gross ist auf einmal die Empörung: Trotz der Ablehnung des revidierten CO₂-Gesetzes soll die Abgabe auf Brennstoffe ab 2022 von 96 Fr. auf 120 Fr. pro Tonne steigen. So ist es in der entsprechenden Verordnung vorgesehen, ein Automatismus. Die Lenkungsabgabe gibt es in der Schweiz nur auf Heizöl und Gas, nicht aber auf Treibstoff. Ihre Höhe ist ein Politikum. Allerdings nimmt kaum jemand wahr, dass ein Teil der Mittel an die Haushalte zurückerstattet wird. Derzeit sind es 87 Fr. pro Kopf und Jahr. Der Rest der Gelder fliesst in den Subventionstopf für die Gebäudeerneuerung.

Klar ist: Die Wirkung solcher Abgaben ist begrenzt. Der beabsichtigte Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf andere Systeme wie Wärmepumpen oder Solaranlagen geht viel zu langsam, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen. Werden in Schweizer Kellern alte Heizungen ersetzt, dann wird immer noch in etwa 40% der Fälle eine Anlage gewählt, die mit Öl oder Gas betrieben wird – CO₂-Abgabe hin oder her.

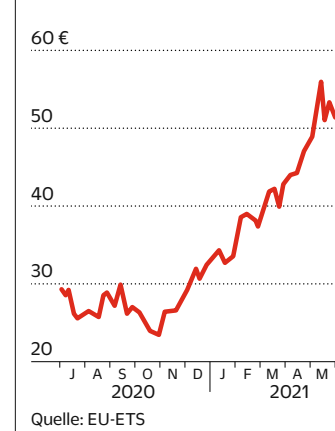
In Gewerbe und Industrie, wo ebenfalls reichlich Brennstoff zum Einsatz kommt, spielt noch ein anderer CO₂-Preis eine Rolle: Jener für Zertifikate, die an der europäischen Emissionshandels-Plattform ETS getauscht werden. Dort sind die Preise zuletzt auf mehr als 50 € gestiegen (siehe auch Grafik).

Im letzten Jahr schlossen sich auch 50 Grossverbraucher aus der Schweiz dem System an: Raffinerien sowie Chemie- und Zementfabriken, die jährlich etwa 5 Mt CO₂ pro Jahr oder rund 10% der Gesamtmenge der Schweiz ausstossen. Dazu kommen weitere Betriebe, die freiwillig mitmachen und sich dafür von der CO₂-Abgabe befreien lassen. In Europa handeln im ETS fast 11'000 Firmen, Kraftwerke und Airlines Zertifikate. Sie machen etwa 45% der Emissionen in der EU aus.

Doch Kritiker monieren, dass weder der Handel mit den Zertifikaten noch Lenkungsabgaben wie diejenige auf Brennstoffen in der Schweiz in der Lage seien, die gesteckten Ziele des Pariser Abkommens auch nur

Nächste Stufe erreicht

CO₂-Preis an der Börse für Emissionszertifikate ETS



annähernd zu erreichen. Dies zeigt auch eine umfangreiche Studie des Rückversicherers Swiss Re, die am Donnerstag publiziert wurde.

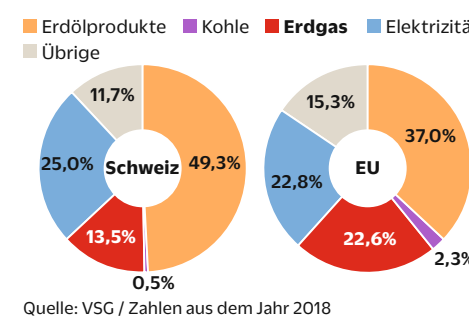
Neben «reduzieren, reduzieren und reduzieren» von CO₂ sei parallel dazu die Vernichtung, Umwandlung oder Einlagerung von unvermeidbaren Emissionen voranzubringen, und zwar schnell, sagt Mischa Repmann, Umweltspezialist bei Swiss Re. Möglich sei dies nur mit dem Aufbau eines völlig neuen Industriektors, der CO₂ abbaut. Dieser müsse in Zukunft die Grössenordnung erreichen, welche die heutige Erdöl- und Gasindustrie hat.

Bei solchen Lösungen wird das Kohlenstoffdioxid mit entsprechenden Anlagen gebunden. Danach wird es weiterverwendet, in Beton oder in unterirdischen Endlagern eingeschlossen. Die Kosten dafür seien derzeit noch sehr hoch, heisst es in der Studie. Weil unter anderem entsprechende Anreize fehlten, würden bereits existierende Lösungen noch viel zu wenig genutzt und weiterentwickelt. Zudem werde kaum nach neuen Ansätzen geforscht.

Mit Investitionen in diese Technologien im grossen Stil müsse man sofort beginnen, mahnt Christoph Nabholz, Forschungschef bei Swiss Re in der Studie. Andernfalls drohe erheblicher wirtschaftlicher Schaden für die gesamte Weltwirtschaft. «Nichts zu tun, ist keine Option», sagt Nabholz. David Strohm

Erdgas: wichtiger Energieträger

Endenergieverbrauch in der Schweiz und in der EU



Gaskraftwerk in Deutschland.

so viel, wie das AKW Mühleberg im Jahr produziert.

Weitere 3 TWh an Einsparungen liegen laut BFE bei der Beleuchtung drin, mehr als die Hälfte davon im Winter, wenn der Strom knapp ist. Ein Einsparpotenzial von bis zu 6 TWh pro Jahr sieht das BFE bei Elektromotoren, die etwa Pumpen oder Kompressoren antreiben. Den Verbrauch im Winter entlasten könnten auch Grossverbraucher, die bei Knapheit ihre Anlagen abschalten. «Wir prüfen alle Möglichkeiten, insbesondere auch, wie rasch diese Potenziale erschlossen werden können», sagt Zünd. (mju.)